

Danziger Zeitung.

No 8488.

Die „Danziger Zeitung“ erscheint wöchentlich 12 Mal. — Bestellungen werden in der Expedition (Kettelhagergasse No. 4) und auswärts bei allen Kaiserl. Postanstalten angenommen. Preis pro Quartal 1 R 15 S. Auswärts 1 R 20 S. — Inserate, pro Petit-Zeile 2 S., nehmen an: in Berlin: S. Albrecht, A. Kretzschmar und Ad. Mosse; in Leipzig: E. G. Engel; in Hamburg: H. J. S. Engel; in Frankfurt a. M.: G. L. Daube; in der Jäger'sche Buchhandl.; in Hannover: Carl Schüller; in Elbing: Neumann-Hartmann's Buchh.

1874.

Lotterie.

Bei der am 30. April fortgesetzten Ziehung der 4. Klasse 149. Königlich preussischen Klassen-Lotterie fiel ein Hauptgewinn von 10,000 Thlr. auf No. 68,787. 3 Gewinne von 5000 Thlr. fielen auf No. 13,736, 57,477 und 74,583. 6 Gewinne von 2000 Thlr. fielen auf No. 3491, 16,503, 34,691, 49,967, 58,237 und 70,850.

35 Gewinne von 1000 Thlr. fielen auf No. 1149, 2872, 5004, 9519, 10,142, 11,184, 13,571, 16,240, 16,265, 20,275, 21,553, 22,441, 24,803, 26,593, 26,695, 27,618, 33,222, 33,820, 37,385, 38,656, 44,685, 48,105, 48,707, 54,243, 54,896, 58,260, 58,924, 58,938, 58,969, 59,134, 60,686, 62,314, 65,248, 88,168 und 93,462.

243 Gewinne von 500 Thlr. auf No. 643, 2494, 4716, 5687, 6531, 7416, 10,082, 10,227, 11,713, 14,237, 15,937, 17,311, 19,040, 19,642, 20,153, 20,843, 22,302, 25,608, 27,331, 28,142, 28,614, 31,477, 36,516, 37,294, 39,104, 39,496, 42,565, 43,983, 52,983, 58,591, 59,070, 61,701, 62,960, 63,311, 66,926, 70,590, 71,296, 75,559, 83,612, 85,760, 86,965, 87,122 und 92,992.

70 Gewinne von 200 R auf No. 594, 1481, 7609, 7770, 8776, 10,979, 11,006, 11,638, 13,697, 14,182, 14,890, 17,199, 21,768, 23,394, 25,426, 26,031, 26,926, 28,048, 29,507, 29,960, 34,752, 34,762, 34,995, 35,586, 36,399, 38,380, 39,153, 42,846, 44,247, 44,724, 45,435, 47,829, 51,117, 51,585, 54,657, 55,303, 56,574, 57,772, 58,002, 59,799, 60,461, 61,263, 63,296, 64,676, 68,157, 69,254, 71,493, 71,866, 73,740, 74,448, 76,419, 77,224, 77,483, 77,971, 78,607, 79,943, 79,985, 81,478, 82,016, 83,029, 83,248, 85,082, 87,028, 87,757, 89,791, 91,869, 91,926, 92,252, 92,667 und 94,949.

Telegramm der Danziger Zeitung.

Angekommen 7 Uhr Morgens.

Elbing, 1. Mai. Seit gestern Abends 10 Uhr großer Speicherbrand. Die erste Reihe der Speicher rechts der hohen Brücke ist bereits niedergebrannt.

Telegr. Nachrichten der Danziger Zeitung.

Saalfeld (in Thüringen), 30. April. Der erste Zug der Saalbahn ist heute 1 1/2 Uhr Nachm. in dem hiesigen Bahnhofe eingetroffen.

Brüssel, 30. April. In der Deputiertenkammer antwortete der Finanzminister Malou auf den Vorwurf, den der Führer der Opposition, Frère Orban, in der Sitzung vom 28. d. gegen die vom 28. d. gegen die vom Ministerium im Allgemeinen befolgte Politik und speziell gegen den Finanzminister erhoben hatte. Malou erklärte, das Ministerium habe bei Uebernahme der Geschäfte versprochen, eine nationale Politik zu befolgen, diesem Versprechen sei dasselbe streng nachgekommen und es werde darin auch ferner fortfahren und seine Politik nicht ändern. Das Land werde in aller Kürze darüber befragt werden, ob eine Veränderung der vom Ministerium eingehaltenen Politik nach seinen Wünschen sei. Der Minister hob dabei hervor, daß die Beziehungen Belgiens zu anderen Mächten niemals so freundlich und herzlich gewesen seien, wie im jetzigen Augenblick.

Danzig, den 1. Mai.

Die Verhandlungen des Abgeordneten-Hauses haben bisher noch nicht dasselbe Interesse zu erregen vermocht, wie die der jüngsten Reichstagsession. Das Expropriationsgesetz, dessen

Berathung bisher die meiste Zeit ausfüllte, giebt zu keinen dramatisch bewegten Debatten Anlaß; dennoch verdient der Gegenstand, der bisher trotz vielfacher Anläufe immer noch nicht zum Abschluß gebracht werden konnte, mehr Aufmerksamkeit, als ihm zu Theil wird. Wenn auch in dem gegenwärtigen Gesetzentwurf die nöthigen Garantien für eine nach allen Richtungen hin gleich rückwärtsvolle Anwendung des Expropriationsrechtes vernimmt wird, so liegt die Annahme desselben trotzdem im Interesse auch der Betheiligten, weil die neue Organisation der Staatsbehörden, bei welchen die vermissten Garantien sich schaffen lassen, nicht mehr lange auf sich warten lassen wird.

Die Physiognomie des Abgeordneten-Hauses wird sich sofort ändern, wenn das Gesetz über die Verwaltung erledigter Bistümer zur Verhandlung gelangt. Obwohl dieses Gesetz nicht mehr gegen die Person renitenter Geistlichen mit Strafen sich wendet, so wird es nichtsdestoweniger von den Ultramontanen auf das Heftigste bekämpft werden, gerade weil es den Boden legen will zu organischen Einrichtungen, die auf den Zusammenhang der katholischen Kirchengemeinden durch den Bischof mit dem Papste keine Rücksicht nehmen. Es soll u. A. für gewisse Fälle, nämlich wenn kein staatlich anerkannter Bischof oder Capitelsverweser vorhanden ist, den Kirchengemeinden das Recht zur Wahl der Pfarrer beigelegt werden. Damit wird endlich der Weg betreten, welcher im Grunde zu einer dauernden Ordnung auf anderer Grundlage zu führen. Der eingeschlagene Weg wird dazu führen, den Gemeinden das Recht dauernd zu übertragen, damit der Staat von dem Vorwurf entlastet wird, er nehme den Katholiken die Möglichkeit, sich den ihnen conventuellen geistlichen Beistand zu verschaffen. Ob die Katholiken dann von ihrem Rechte Gebrauch machen wollen, das ist ihre Sache. Vielleicht geschieht es anfangs nur vereinzelt, aber allmählig wird sich die Pfarrerwahl einbürgern, und der jetzt unter starkem Terrorismus lebende katholische Clerus wird sich dann auch zum großen Theile der Eingliederung in die römische Kampfgemeinschaft wider Preußen entziehen.

Fürst Bismarck hat sich sehr beeilt, den Grafen Arnim nach dem „Pronunciamento“ von Paris zu entfernen. Vorgestern mußte er Mac Mahon sein Abberufungsschreiben überreichen und an denselben Tage noch über Metz nach Berlin reisen, wo ihm die „Kreuz-Ztg.“ die Freundschaft aller Feinde des Reichsfanglers, bereits ihre „Zustimmung“ entgegenbringt und ihre Ueberzeugung ausdrückt, seine Person sei in einer Weise in den Vordergrund gebracht, die der Absicht des Reichsfanglers kaum entsprechen dürfte. In der „Norddeutschen“ läßt der Kanzler den Grafen heute folgendermaßen abfertigen:

Graf Arnim ist der Meinung, wenn verfahren worden wäre, wie er es im Sinne gehabt, so wären die Gegner unrichtiger Sache von dem Concil nach Hause gegangen. Bis jetzt aber haben wir nicht erfahren, was er im Sinne gehabt hat. In eingehen-

deren Verhandlungen über die Anregung des Fürsten Hohenzollern kam dasselbe nicht wohl bestanden haben, wenn Graf Arnim auch sein besonderes Bedauern darüber ausspricht, daß es zu solchen Verhandlungen nicht gekommen ist. Dieses Bedauern mag Mancher theilen, und gewiß waren die Rathschlüsse des Fürsten Hohenzollern sehr verständig. Zu Verhandlungen aber gehören Theilnehmer. Daß England und Rußland sich einer solchen Theilnahme prinzipiell und unbedingt, man kann fast sagen, traditionell und verfassungsmäßig verweigern, ist bekannt. Daß Deutschland Arnim in Arnim mit Frankreich, welches damals notorisch seinen deutschen Krieg bereits vorbereitete und seine tapferen Initiative in Rom auffallend schnell zurückzog, sobald Graf Arnim aus eigener Entschliebung durch sein Schreiben an Cardinal Antonelli vom 23. April 1870 der französischen Leitung gefolgt war, mit dem Frankreich des Herrn Ollivier, der zu dem Kriege präet et archi-prêt war, den Papst berührt haben sollte, ist nicht wahrscheinlich. Noch weniger möglich würden die guten Dienste des Grafen Arnim an der Spitze Deutschlands bei solchen Verhandlungen gewesen sein in einer Zeit, wo dieser Staatsmann wahrscheinlich schon mit seinen fruchtlosen Bemühungen, die österreichische Politik in das französische Fahrwasser zu leiten, beschäftigt war.

Weiter führt der Artikel aus, die Wucherpflanzen seien keineswegs erst auf dem Concil großgezogen, ihre Wurzeln lägen vielmehr Jahrhunderte zurück und seien zunächst in der Wiederherstellung des Jesuitenordens und in der Persönlichkeit eines so ehrgeizigen und kampflustigen Papstes zu suchen, das Concil habe nur eine den Kampf, als gegen den Staat gerichtet, aufklärende und beschleunigende Wirkung gehabt. Dann heißt es:

Die Einrichtungen Friedrich Wilhelms IV., wie sie durch die Verfassung bestätigt wurden, waren aber nicht auf einen Prozeß oder Kampf, sondern auf gutes Einvernehmen, auf einen friedlichen Pakt berechnet. Wir bemerken zweitens, daß die vorhandenen Wirren ungreiflich sind nur für Jemanden, der mit der Geschichte Rom's und Deutschlands unbekannt ist. Und drittens: daß durch diese Wirren nichts in Frage gestellt wird, als übertriebene Ansprüche herrschaftlicher Priester auf weltlichen Einfluß, Ansprüche, welche niemals ein Gemeintum der Christenheit gewesen sind.

Was zum Schluß Graf Arnim ein „bis jetzt äußerlich“ noch im Reichsdienst befindlicher hoher Beamter genannt wird, so wird dies äußerliche Band mittlerweile wohl schon gelöst sein.

Der „erzberedte“ Ollivier mit dem „leichten Herzen“, der in dem officiösen Artikel erwähnt ist, hätte sicher Veranlassung, in stiller Zurückgezogenheit seine Vergangenheit vergessen zu machen. Dennoch hält er seine Landsleute für so thöricht, daß er meint, sie würden ihn noch einmal eine Rolle spielen lassen. Er glaubt, daß die Kammer bald aufgelöst werden wird, und fordert seine ehemaligen Wähler im Par-Departement auf, ihn dann an die Stelle zu befördern, die ihm zukommt. Der Wahlkampf ist näher als wir glauben — schreibt er — und ihr habt die Mission, mir vor Europa das Wort zurückzugeben. Solche Unverschämtheit ist nur in Frankreich möglich.

Interessante diplomatische Enthüllungen kommen nur gelegentlich zu Tage, wie bei dem Arnim-

der Taubstummen fand Heinicke an dem dortigen Pastor Granau, welcher ihn selbst von der Kanzel herab verdammte und als einen Mann bezeichnete, der dem Rathschlusse Gottes vorgreife, indem er Menschen bilde, welche „Gott gezeichnet habe.“ Heinicke ließ sich jedoch dadurch nicht abschrecken, sondern sammelte immer mehr Taubstumme zum Unterricht um sich. Auch fehlte es ihm an Anerkennung nicht. Es kamen viele hochgestellte Personen, selbst aus weiter Ferne, um seinen Unterricht kennen zu lernen. So traf u. A. dort auch der sächsische Hauptmann v. Schröder ein, welcher über die erzielten Resultate dermaßen entzückt war, daß er bei seiner Rückkehr in Dresden sofort die nöthigen Schritte beim Kurfürsten Friedrich August that, um Heinicke für sein Land zur Gründung einer eigenen Taubstummenschule zu gewinnen. Dies gelang auch; mittelst Decrets vom 13. September 1777 wurde Heinicke nach Sachsen berufen und leistete auch dieser Aufforderung um so bereitwilliger Folge, als es schon lange sein sehnlichster Wunsch war, sich der Taubstummenbildung einzig und allein zu widmen. Am 13. April 1778 traf er mit neun taubstummen Kindern in Leipzig ein und eröffnete schon am folgenden Tage seine Taubstummen-Anstalt, die erste in ganz Deutschland und die zweite in der Welt überhaupt. Die erste war 1760 in Paris durch Abbé de l'Épée gegründet. Bis dahin wurden die Taubstummen bei keinem Volke unterrichtet, sondern im Allgemeinen den Stumpfsinnigen gleichgestellt und auch darnach behandelt — abgesehen von den Ausnahmefällen, in denen einige humane Männer oder Väter an ihren eigenen Kindern vereinzelte Versuche des Unterrichts gemacht hatten. Nun aber durch Heinicke und Abbé de l'Épée der Anfang gemacht war, diesen Unterricht wissenschaftlich zu betreiben, durfte auch auf Erhaltung und weitere Entwicklung desselben zuversichtlich gehofft werden, und es sind auch diese Erwartungen wirklich in Erfüllung gegangen. Heute, nach noch nicht 100 Jahren, zählt Preußen allein fast 40 Taubstummen-Institute.

Der Leipziger Taubstummen-Anstalt stand Heinicke mit unermüdlichem Fleiße bis an sein Lebensende vor. Während der Leitung derselben stürzte er eifrig fort, schrieb verschiedene Sachen über Taubstumme und deren Bildung und suchte außerdem

schon Zwiste, am wenigsten aber durch die Noth-, Gelb- und Blaublinder. In Oesterreich ist diese Sitte durch Verste eingeführt, auch Andrasch hat wieder einiges „Unschädliche“ für die Delegationen zusammengeestellt, der Inhalt des Rothbuchs ist aber so langweilig und dürftig, daß das Nachwerk nur als eine Verhöhnung der Sitte oder Unsitte solcher Sammlungen diplomatischer Actenstücke und zugleich jeder parlamentarischen Körperschaft erscheinen muß.

Deutschland.

X Berlin, 30. April. In der Dienstags-Sitzung der Eisenbahn-Commission beriet man zunächst über eine Anzahl von Petitionen aus der Provinz Preußen, welche den Bau weiterer Eisenbahnen neben den in der Vorlage aufgeführten beantragen, resp. einzelne Abänderungen der projectirten Linien verlangen. Der Abg. v. Sauten-Tarpschen theilte mit, daß bald nach Beginn der diesmaligen Session die Vertreter der Provinz Preußen aus dem Herren- und Abgeordnetenhaus zusammengetreten seien, um sich darüber zu verständigen, welches von den vielen Projecten wohl eine besondere Berücksichtigung verdiene. Die freie Commission entschied sich mit Rücksicht auf Königsberg und Elbing für eine Linie Mlawka-Neidenburg-Hohenstein-Bischofs- bis Koblentz bei Königsberg einerseits und bis Gildenheden bei Elbing andererseits, so wie für eine zweite Bahnstrecke am rechten Weichsel-Ufer von Thorn-Graubenz-Marienwerder-Marienburger. Demgemäß beantragte der Abgeordnete v. Sauten, daß die auf diese Linien bezüglichen Petitionen der Regierung zur thunlichen Berücksichtigung empfohlen, die übrigen dagegen nur als Material für die Entwerfung des demnächst aufzustellenden Staats-Eisenbahnplans übergeben werden möchten. Dieser Vorschlag fand in dessen von Seiten des Correspondenten Widerspruch, welcher alle Petitionen ohne Unterschied nur als Material zum Eisenbahnplane der Regierung empfohlen wissen wollte. Der Vorschlag des Abg. v. Sauten wurde mit Stimmengleichheit (7 gegen 7 Stimmen) abgelehnt und der Antrag des Correspondenten angenommen. Die Berathung ging sodann zu der zweiten von der Regierung in Aussicht genommenen Linie über, welche die Ostbahnstrecke Bromberg-Danzig mit der Thorn-Insterburger Bahn durch eine Querbahn Jablonowo-Graubenz-Laskowitz verbinden und namentlich das jetzt von dem Verkehr abgeschnittene rechte Weichselufer wieder aufschließen soll. Es wurde betont, daß für Graubenz, welches seit Fertigstellung der auf dem linken Weichselufer geführten Ostbahn seinen alten bedeutenden Handels fast ganz verloren, es geradezu eine Lebensfrage sei, durch eine Eisenbahnverbindung die Möglichkeit zu erlangen, Ersatz für den Verlust sich zu verschaffen. Im allgemeinen Landesinteresse wäre eine feste Ueberbrückung der Weichsel in dieser Gegend dringend erforderlich, da dieser oft mehr als 100 Tage im Jahre den Verkehr von einem Ufer nach dem andern veragende Strom nur

durch praktische Ausbildung eines Nachfolgers sein Werk zu sichern, was auch vollkommen gelang. Am 30. April 1790 starb er. Seine Ruhestätte in Leipzig ziert zwar kein kostbares Monument, doch sind die vielen deutschen und außerdeutschen Taubstummen-Anstalten, welche mehr oder weniger seinen Grundsätzen folgen und im Laufe der Zeit Tausende der unglücklichen Taubstummen der Menschheit wiedergegeben haben, ein schöneres und dauernderes Denkmal, als ein Kunstwerk von Stein oder Erz.

An Heinicke und sein Werk sich zu erinnern, hat gegenwärtig Westpreußen ganz besondere Veranlassung. Nach Ausweis der statistischen Nachrichten pro 1872 befinden sich nämlich in Westpreußen allein nicht weniger als 1108 Taubstumme im Alter von 5 — 15 Jahren und zwar haben nach den Kreisen aufzuweisen: Elbing 36, Marienburg 88, Stadtkreis Danzig 35, Landkreis Danzig 63, Br. Stargard 69, Berent 109, Carthaus 70, Neustadt 21, Stuhm 22, Marienwerder 46, Rosenberg 25, Rößau 24, Strasburg 41, Thorn 25, Culm 32, Graudenz 33, Schwet 58, Conitz 110, Schlochau 98, Flatow 64, E. d. Crone 39. Von diesen sind leider nicht einmal 90 in dem einzigen Marienburger Institute, und es haben von den übrigen nach der noch vorzunehmenden Erweiterung desselben in den nächsten 8 Jahren höchstens 210 Aussicht auf Aufnahme und Ausbildung. Was wird aber aus den übrigen Unglücklichen? Der größte Theil von ihnen muß — wenn nicht etwas Außerordentliches geschieht, d. h. keine neue Anstalt in der Provinz in Kürze errichtet wird — unausgebildet bleiben und später den Gemeinden zur Last fallen. Denn die Volksschule kann, wie die bisherige Erfahrung beweist, nur ganz Unzureichendes in der Ausbildung der Taubstummen leisten. Es liegt also hier ein dringender Nothstand vor, dem abzuheilen die Communal-Behörden der Provinz ein lebhaftes Interesse haben. Aber auch der Privatwohlthätigkeit würde sich hier ein dankbares Gebiet des Wirkens eröffnen. Nur müßte die Sache schnell in Angriff genommen werden. Hoffen wir, daß diese Erinnerung in unserer Provinz, die ja wiederholt gezeigt hat, daß es ihr an Gemeinfinn nicht fehlt, nicht unbeachtet bleiben wird.

Samuel Heinicke.

R. Marienburg, 30. April.

Der heutige Tag ist der Todestag eines der wahren Wohltäter der Menschheit, des eigentlichen Begründers des Taubstummenunterrichts in Deutschland. Samuel Heinicke wurde in dem Dorfe Rautschütz bei Weiskens am 10. April 1729 geboren. Seine Eltern, sehr wohlhabende Bauernleute, bestimmten ihn schon frühzeitig zur Landwirtschaft und sahen es daher höchst ungern, daß der Knabe Lust zum Studium zeigte. Um letztere im Keime zu ersticken, wurden außer Gesangbuch und Bibel alle Bücher aus dem Hause verbannt, und u. mußte sich der Knabe, wenn auch seufzend, dem elterlichen Willen fügen. Doch sich von den Büchern gänzlich zu trennen, vermochte er nicht und betrieb sein Studium daher im Geheimen. So ging es fort bis zum 21. Lebensjahre. Als ihn der Vater aber jetzt noch wider den eigenen Willen verheirathen wollte, da war das Maß voll und er beschloß, das elterliche Haus heimlich zu verlassen. Dieser Voratz wurde in ihm noch durch zwei aus Dresden in seine Heimath beurlaubte Soldaten bekräftigt, welche ihm die verlockendsten Bilder von dem Soldatenleben entwarfen. Heinicke schnürte alsbald sein Bündel und verließ in aller Stille das heimathliche Dorf.

In Dresden wurde der hochgewachsene, kräftige Bursche zur königlichen Leibwache angeworben. Das dortige Leben gefiel ihm auch ganz gut und zwar besonders deshalb, weil er sich nun wieder mit seinen lieben Büchern beschäftigen konnte. Keine freie Stunde wurde unbenutzt gelassen, und während seine Kameraden sich anderweitig vergnügten, saß Heinicke und studirte. Um das nöthige Geld zu den Lernmitteln zu gewinnen, griff er zur Geige, welche er bereits zu Hause handhaben gelernt hatte, und verdiente sich damit auf Tanzböden und bei Gelagen manchen Groschen. Nach und nach wurde ihm dies aber doch überdrüssig und da er bereits bedeutende Fortschritte in seinem Studium gemacht hatte, so begann er privatim zu schulmeistern. Unter den Kindern, die er zu unterrichten hatte, wurde ihm 1754 oder 1755 auch ein taubstummer Knabe zugeführt, welcher seine Aufmerksamkeit und Theilnahme im hohen Grade erregte. Er versuchte es, ob diesem Unglücklichen nicht vielleicht etwas beizubringen

wäre. Und siehe da, es gelang; denn die mechanische Fertigkeit des Schreibens und Zeichnens erlernte der Knabe alsbald, was die Eltern in großes Erstaunen versetzte. Heinicke jedoch freute sich weit mehr über dessen Fortschritte im Rechnen, weil ihm daraus klar wurde, daß hier eine weitere geistige Bildung möglich sei. Er stellte nun Versuche an, dem Taubstummen auch von der Sprache so viel beizubringen, daß er sich über die wichtigsten Dinge aus seiner Umgebung mit vollsinnigen Menschen unterhalten könne und zwar mündlich und schriftlich. Das mündliche Sprechen wollte er anfänglich besonders deshalb gelehrt wissen, weil damals das Schreiben und Lesen namentlich unter dem gewöhnlichen Volke noch eine sehr seltene Kunst und daher kein allgemeines Verständigungsmittel war. Um in diesem Unternehmen möglichst schnell und sicher an's Ziel zu gelangen, forschte er nach, ob nicht irgendwo eine Aufklärung über diese seine Idee enthalten wäre, und fand solche auch zu seiner größten Freude in der lateinisch geschriebenen Abhandlung, dem „Surdas loquens“ von Dr. Amman (1692), welcher zu Warmund bei Leyden als Arzt practisirte und sich nebenbei noch mit dem Unterrichte einzelner Taubstummen beschäftigte. Die Erfolge, welche Heinicke demnach an seinem Jünglinge erzielte, übertrafen seine Erwartungen. Leider wurde er jedoch durch den Ausbruch des siebenjährigen Krieges in seinem edlen Unternehmen gestört. Er mußte das sächsische Lager bei Pirna beziehen und wurde dann als Kriegsgefangener nach Dresden zurückgebracht. Von dort gelang es ihm zu entfliehen und nach Jena zu entkommen, wo er sich als Student inscribiren ließ. Da ihm aber auch hier die Preußen auf den Fersen waren, floh er nach Hamburg und fand dort Stelung in dem Hause des Grafen Schimmelmann, zunächst als Hauslehrer, dann als Sekretär. Im Jahre 1768 erhielt er durch Vermittelung seines Chefs das Cantorat und Lehramt zu Eppendorf bei Hamburg.

Auch an diesem Orte wurde ihm ein taubstummer Knabe gebracht, an dem er, sich seiner früheren Erfolge zu Dresden erinnernd, sofort den nöthigen Unterricht begann, und er hatte die Freude, denselben schon nach zwei Jahren für reif zur Confirmation erklären zu können. Einen bestigen Gegner bei seinem Bemühen um den Unterricht

durch zwei fast 30 Meilen nord- und südwärts auseinanderliegende feste Brücken überspannt sei. Die Wichtigkeit des Baues dieser Weichselbrücke wurde allseitig zugegeben. Von einer Seite wurde indessen bezweifelt, ob es notwendig sei, sofort die ganze vorgeschlagene Bahnlinie auszubauen. Vorläufig würde eine Bahn von Graudenz nach Laskowitz genügen. Der Zukunft könne es vorbehalten bleiben, derselben eine ständige Verlängerung zu geben. Im Interesse des bald zu erwartenden durchgehenden Verkehrs und der Aufschließung mehrerer bisher von Eisenbahnen noch unberührten fruchtbaren Kreisen beschloß aber die Commission den Ausbau der ganzen von der Regierung beantragten Linie zu empfehlen. — Die Abg. Sybel, Wehrenpennig und Petri bringen ein Amendement zum Gesetzentwurf über die Verwaltung erledigter Bisthümer ein, welches das Wahlrecht des Patrons, resp. der Gemeinde, wie es in der Vorlage verlangt wird, auch in dem Falle eintreten lassen will, wenn durch das gesetzwidrige Verhalten des Bischofs die Besetzung einer Pfarrverwaltung verhindert wird. Das Amendement wurde bereits in der vorgestrigen Versammlung der Fortschrittspartei angenommen. Im Abgeordnetenhaus ist man über das Schicksal des Expropriationsgesetzes und der Synodalordnung im Herrenhause nichts weniger als beruhigt. Wie aus den Mittheilungen einflussreicher Mitglieder des Oberhauses hervorgeht, bildet sich eine starke Opposition gegen mehrere Beschlüsse des Abgeordnetenhauses in Sachen des Enteignungsgesetzes. Würde demnach der Gesetzentwurf vom oberen Ende der Leipzigerstraße an das Abgeordnetenhaus zurückgelangen, so wäre es fraglich, ob bei der gedrängten Zeit das Gesetz überhaupt zu Stande kommen würde. Ebenso verhält es sich mit der Kritik unserer Vorles über die Synodalordnung, wie sie aus den Commissionsbeschlüssen hervorgeht. Werden die Amendements der Conservativen im Abgeordnetenhaus nicht angenommen, so sollen sie mit mehr Aussicht auf Erfolg wieder aufgenommen werden. — In Prenzlau hat sich ein Comité zur Errichtung eines Denkmals für Grabow gebildet. Dasselbe erläßt einen Aufruf, welcher der Verdienste des trefflichen Mannes nicht erwähnt, sondern nur dem Wunsche vieler entgegenkommen will, dem Verstorbenen durch Errichtung eines Denkmals auf dem dortigen Kirchhofe ein äußeres Zeichen der Anerkennung zu zollen. Auch hier soll ein parlamentarisches Comité zur Entgegennahme freiwilliger Beiträge für das Grabow-Denkmal ernannt werden.

* Der heutige „Reichsanzeiger“ bringt folgenden Kaiserlichen Erlass: „Auf den Bericht vom 25. d. M. genehmige Ich die Berichtigung der durch Meinen Erlass vom 16. August 1873 (Gesetz-Samm. S. 397) bestätigten Beschreibung des königlichen großen Wappenschildes dahin, daß das ob II. No. 38 bezeichnete Feld des Hauptschildes wegen des Fürstenthums Verden im silbernen Felde ein schwarzes Hagelspitzkreuz ist. Dieser Erlass ist durch die Gesetz-Sammlung zur öffentlichen Kenntniß zu bringen. Berlin, den 30. März 1874. Wilhelm. (Contrafignirt.) Camphausen. Gr. v. Eulenburg. Leonhardt. Falk. v. Kameke. Achenbach.“

— Zur Beschaffung der nöthigen Geldmittel für die Erweiterungsbauten in den hiesigen städtischen Gasanstalten beantragt der Magistrat bei der Stadtverordneten-Versammlung die Aufnahme einer Anleihe von 5 Mill. Thlrn.

— Der „Weser-Bzg.“ wird von hier als Gerücht gemeldet, der Präsident des Reichseisenbahn-Amtes, Scheele, habe die Absicht, sich aus dieser Stellung zurückzuziehen.

— Dem hiesigen Comité zur Errichtung von jüdischen Waisenhäusern in Palästina ist die Abhaltung einer Collecte in jüdischen Haushaltungen für jenen Zweck gestattet worden.

— Die Glattecks-Corvette „Nympe“ ist am 27. d. M. in Plymouth angekommen. An Bord Alles wohl.

* Stettin, 1. Mai. Nachdem die Stadtverordneten-Versammlung die Anstellung eines besonderen Stabsbesamten abgelehnt hat, will der Magistrat die Geschäfte eines solchen einem seiner Mitglieder übertragen, für welchen zwei andere als Stellvertreter fungieren sollen. Als Remuneration werden 800 Mk. beantragt, welche nach der Zahl der aufgenommenen Beurkundungen unter die Drei vertheilt werden sollen. Die Vorlage ist von den Stadtverordneten genehmigt worden, vorläufig nur bis Ende 1875. — (In Königsberg hat der Magistrat zwei Secretäre zu Stabsbesamten ernannt, die sich gegenseitig zu vertreten haben. Der Stadtbezirk wird in zwei gleiche Hälften, und zwar in eine nördliche und in eine südliche getheilt werden. Jeder dieser Stabsbesamten soll 1000 Mk. Gehalt beziehen.)

Posen, 30. April. Der zweite katholische Religionslehrer am hiesigen Mariengymnasium, Michalski, welcher wegen seiner Weigerung, den Religionsunterricht in deutscher Sprache zu erteilen, bekanntlich suspendirt wurde, ist vor den Rgl. Gerichtshof für kirchliche Angelegenheiten geladen worden und heute nach Berlin abgereist.

Friedberg, 28. April. Das hiesige Prediger-Seminar wird nach Ablauf eines Jahres unfreiwillige Arbeitseinstellung machen. Das letzte theologische Examen in Stiefen haben zwar drei Candidaten bestanden, die jetzt ihr Jahr in Friedberg absolviren; für die nächsten Semester ist jedoch, nach Mittheilung der „Main-Bzg.“, in Folge des geringen Besuches der hohen Schule von Theologen durchaus keine Aussicht auf Candidaten vorhanden; und wird so das Seminar nach Verlauf eines Jahres seine Thätigkeit auf eine Zeit lang einstellen müssen.

Frankfurt a. M., 30. April. Nachdem Berlin im Jahre 1851, Memel 1854, Königsberg 1858, Danzig 1859, Breslau 1861, Stettin 1863, Bremen 1871, Köln und Hamburg 1872–73 mit dem Beispiel vorangegangen sind, wird nun Frankfurt als die neunte Stadt ebenfalls ihre wirkliche Berufserweiterung erhalten.

Dresden, 30. April. In der zweiten Kammer wurde heute bei Berathung des Einnahmebudgets die Position von 16,500 Thlrn., als Reinertrag der „Leipziger Zeitung“, nach lebhafter Debatte, bei der der Minister des Innern, v. Rostk-Ballwig, für die Haltung der Zeitung entschieden eintrat, genehmigt; der Antrag auf Streichung des Gehalts für den R. Commissar bei

der „Leipziger Zeitung“ wurde mit allen gegen 15 Stimmen abgelehnt. (W. T.)

Frankreich. Paris, 28. April. Die Ministerkrisis gerücht sind verflummt; es waren eben nur Bräutigamsgerüchte. Dagegen gewinnt die Ansicht an Boden, daß die Stellung Broglie's anfangs unsicher zu werden; der Premierminister selbst gehört zu denjenigen, welche sie theilen. Dem neuen Plane Broglie's, den Streit wieder zu verschleppen, gegenüber hat die Rechte keinen Beschluß gefaßt. Was man im Gespräch von Legitimisten hört, klingt ziemlich entschlossen. Von einer der leitenden hiesigen Persönlichkeiten wird ein charakteristischer Ausdruck erzählt. Man sagte ihm: „Herr Herzog, Ihre ganze Politik dient nur dazu, den Bonapartisten vorwärts zu helfen.“ Und er erwiderte: „Nun wohl, ich will immer noch lieber für die Bonapartisten arbeiten, als gehängt werden.“ — Aus Chagny in Burgund wird gemeldet: „Unser Städtchen, welches bis jetzt nur durch seinen Weinhandel bekannt war, soll künftig ein Centrum des Widerstandes gegen auswärtige Feinde werden. Die Genieoffiziere sind schon angekommen, um die nöthigen Vermessungen vorzunehmen. Unsere Landsleute sehen dieselben jedoch mit scheelen Augen an, da sie keineswegs von diesen Arbeiten in Anbetracht der prachtvollen Weinberge, erbaut sind.“

— Der Bericht über den Tunnel zwischen Frankreich und England ist dem Generalrath des Departements Pas-de-Calais von Rufart-Rault, Generalrath, vorgelegt. Dieser Bericht, dessen Schlussfolgerungen angenommen wurden, besagt, daß die diplomatischen Schwierigkeiten gehoben und die Fonds für die Vorarbeiten von der Nord-Compagnie in Frankreich und dem South-Eastern in England im Betrage einer Million von jeder Gesellschaft unter der Bedingung gegeben werden, daß die Concession ihnen vor jeder andern Gesellschaft zugesprochen wird. Die Länge des projectirten Tunnels beträgt 50 Kilometer, von denen 30 unter der Meerenge. Die Kosten werden auf 4000 Francs den Meter berechnet, was die allgemeinen Kosten auf 200 Millionen bringen würde.

29. April. Der Kriegsminister hat verfügt, daß alle aus den Colonien gebürtigen jungen Leute, welche in Frankreich wohnen, zu dem Militärdienst herangezogen werden sollen, von dem sie bis jetzt befreit waren.

Italien. — In Parma haben am 19. und 20. d. M. anlässlich der Erhöhung der Marktpreise Unruhen stattgefunden, welche zum Einschreiten der bewaffneten Macht nöthigten. Die Truppen besetzten die Brücken, das Stadthaus u. s. w. und nahmen verschiedene Verhaftungen vor.

England. London, 29. April. Die spanische Finanzcommission hat, wie das „Reuter'sche Bureau“ erfährt, Anweisungen auf die Rio-Tinto-Minen erhalten, welche einen Theil der Sicherheiten für die Zahlung der fälligen Coupons bilden sollen. Das Eintreffen weiterer Anweisungen auf die Nationalgüter wird noch erwartet.

— Das Bischofshaus der südenlischen Synode nahm gestern den Antrag der Bischöfe von Richfield und Winchester an, in Folge Anregung der westindischen und amerikanischen Bischöfe, ein pananglicanisches Concil zum Ausbau des 1867 begonnenen Werkes zu berufen, wobei der Zusammenhang der verschiedenen anglicanischen Kirchen durch einen Föderalverband zu regeln und wo möglich ein Oberhaupt zu wählen sei. Gegen 150 Bischöfe würden hierbei theilhaftig sein.

Griechenland. Athen, 29. April. Zaimis wurde gestern zum Könige berufen und mit der Bildung eines neuen Cabinets beauftragt. Derselbe hat indeß diesen Auftrag abgelehnt und Commandos zur Bildung eines neuen Ministeriums in Vorschlag gebracht, worauf letzterer heute vom Könige empfangen und mit der Cabinetsbildung beauftragt worden ist. (W. T.)

Abgeordnetenhaus. 55. Sitzung vom 30. April. Es sind eingegangen von den Ministern der Justiz und des Innern ein Gesetzentwurf betreffend die Aufhebung des Homagialrechts und von den Ministern der Finanzen und der Landwirtschaft ein Gesetzentwurf betreffend die Bewilligung von Schauprämien für Vollkorn- und Backstreu.

Zweite Berathung des Expropriationsgesetzes. 4. Abschn. des 3. Titels (Enteignungsverfahren). §§ 40–44. Viesenhain u. Gen. beantragen, diesem Abschnitt einige Paragraphen hinzuzufügen, durch welche dem enteigneten Grundeigentümer, im Falle das Unternehmen aufgegeben oder das Grundstück zu dem Zwecke des Unternehmens entbehrt wird, binnen zwei Monaten ein Vorlaufs- bzw. Wiederlaufsrecht eingeräumt wird. Befreit der Unternehmer das Dasein der oben angegebenen Bedingungen, so soll richterliche Entscheidung eintreten. Abg. Tiedemann schlägt vor, dem enteigneten Grundeigentümer nur ein Wiederlaufsrecht einzuräumen, wenn der Zweck des Unternehmens nicht realisiert wird; er müsse sich aber binnen zehn Tagen erklären, ob er dieses Recht ausüben wolle. Dem letzteren Vorschlage tritt auch der Abg. Windthorst (Viesenhain) bei, da es nicht mehr als billig sei, dem Grundeigentümer, im Falle das Unternehmen, welchem das Expropriationsrecht verliehen worden, ganz zerfiel, gegen Herausgabe der ihm gezahlten Entschädigung sein Eigenthum zurückzugeben. Dagegen sprechen sich sowohl der Abg. Comm. Dubdenhausen als die Abg. Miquel und Dr. Baehr gegen beide Vorschläge aus. Miquel insbesondere hält es vom Standpunkte des Gesetzgebers für äußerst bedenklich, das Institut des Retracts- und Vorlaufsrechts, welches man als nachtheilig und überlebt in Deutschland bereits aufgehoben habe, an dieser Stelle wieder einzuführen. — Die Anträge Viesenhain und Tiedemann werden darauf abgelehnt und die §§ 40–44 angenommen; ebenso Tit. IV. „Wirkungen der Enteignung“ (§§ 45–50), nach welchem mit Zustimmung des Enteignungsbefehlusses das Grundstück an den Unternehmer übergeht; über die Entschädigungssumme für Grundstücke, die zu einem Fideicommiss- oder Stammgute gehören, darf nur nach den Vorschriften verfügt werden, welche in den verschiedenen Landesstellen für derartige Güter und die an deren Stelle tretenden Capitalien maßgebend sind.

Tit. V. (§§ 51–55) enthält die besonderen Bestimmungen über Entnahme von Wegebaumaterialien, nach welchen sich jeder gefallen lassen muß, daß Feld- und Bruchsteine u. s. w. von seinen Grundstücken gegen Entschädigung entnommen werden, wenn sie nicht anders in angemessener Nähe zu beschaffen sind. In Ermangelung gütlicher Einigung hat der

Landrath zu entscheiden. v. Benda beantragt diese Paragraphen gänzlich zu streichen, da sie nicht in ein Expropriationsgesetz, sondern in die allgemeine Wegeordnung gehören. Geh. Rath Jacobi widerspricht der Streichung; denn es empfiehlt sich, diese Angelegenheit für die ganze Monarchie gleichmäßig zu regeln, während jetzt für die alten und neuen Provinzen ganz verschiedene Grundsätze gelten. Miquel und v. d. Goltz empfehlen trotzdem die Streichung, weil man eine Belastung des Grundbesitzes auf die ganze Monarchie aushebe, die früher nicht stattfand. Der Handelsminister protestirt gegen die Streichung, weil es sich hier jedenfalls um eine Expropriation, wenn auch im Interesse des Wegebaues handelt. Die §§ 51–53 werden hierauf angenommen.

Zu § 54, der in Ermangelung einer gütlichen Vereinbarung dem Landrath die Entscheidung zugeht, beantragt Thomsen den Kreisaußschuß an die Stelle des Landrathes zu setzen; ferner soll der binnen 10 Tagen gelistete Recurs nicht an die Regierung, sondern an das Verwaltungsgericht gehen. Thomsen zieht diesen Antrag jedoch zurück, da durch folgenden, von den Abg. v. Benda, Vasker und Gen. beantragten Zusatzparagraphen seine Absicht erreicht wird: § 56 a. „Im Geltungsbereich d. r. Kreisordnung vom 13. Dezember 1872 und in der Hohenzollern'schen Landen werden die durch dieses Gesetz den Bezirksregierungen beigelegten Befugnisse und Obliegenheiten, a. soweit dieselben in den §§ 5, 16, 19 bis 21, 25 und 28 enthalten sind, von den Präsidenten der Bezirksregierungen, b. soweit dieselben in den §§ 3, 4, 22, 33 bis 37 und 43 enthalten sind, von den Verwaltungsgerichten, c. soweit dieselben in den §§ 30 und 54 enthalten sind, von den Kreisaußschüssen, beziehungsweise in den Stadtkreisen von den Magistraten, und in den Hohenzollern'schen Landen von den Amtsausschüssen wahrgenommen. Die in Gemäßheit des § 3 von dem Verwaltungsgericht zu treffende Entscheidung erfolgt auf das Gutachten des Kreisaußschusses, beziehungsweise des Magistrats in den Stadtkreisen, und des Amtsausschusses in den Hohenzollern'schen Landen.“ — Dieser § 56 a, sowie folgender von Miquel beantragter § 56 b, werden angenommen. „In der Provinz Hannover ist als Enteignungscommission der Amtshauptmann, beziehungsweise in den selbstständigen Städten ein Mitglied des Magistrats zu ernennen. Die im § 30 dieses Gesetzes bezeichneten Befugnisse werden von der Lokalobrigkeit wahrgenommen.“ — Mit der Annahme des Tit. VI. (Schluß- und Uebergangsbestimmungen) ist die 2. Lesung des Expropriationsgesetzes beendet.

Zweite Berathung des Gesetzes über das Kostenwesen in Auseinandersetzungssachen. § 1 bestimmt, daß an Stelle der bisher nach dem Kostenregulativ vom 25. April 1836 erhobenen Kosten, Pauschätze zu zahlen sind. Ref. Schröder (Viesenhain): Der Finanzminister ist eine so schwerwiegende Person (Seitens), daß die Commissionen oft seinem Druck nachgeben und von bereits gefaßten Beschlüssen wieder absteigen müssen. Auch diesmal hat die Agrarcommission ihren bereits gefaßten Beschluß, den Preis für die Ablösung pro Hectar von 4 Mk auf 3 Mk herabzusetzen, wieder aufgeben müssen, weil der Finanzminister dies für nicht acceptabel erklärte. Trotzdem aber schließt das Gesetz für die Interessenten große Erleichterungen, und es empfiehlt sich daher, dasselbe anzunehmen. § 1 wird angenommen. — § 2 enthält die Grundsätze für die Zahlung der Pauschätze; diese normiren sich einmal nach der Art des Objectes der Ablösung und zweitens nach der Beschaffenheit des für die Ablösung gegebenen Werthgegenstandes. Während die Commission bei Veranhandlung der Realitäten in eine jährliche Rente, sowie bei Ablösung der Realitäten 15 Mk für jeden Thaler des Jahreswerthes, bei Servitutablösungen durch Capital 1 Mk 15 Pf, durch Land 2 Mk für jeden Thaler des Jahreswerthes als Kostenpauschätze festsetzt, will Viesenhain bei nach der Höhe des Jahreswerthes den Pauschätze verringern; so daß also z. B. an Stelle des ersten Satzes von 15 Pf bei einem Jahreswerthe von 150–500 Mark ein solcher von 10 Pf; bei einem Jahreswerthe von über 500 Mark ein solcher von 5 Pf treten würde. Bei Grundstückszusammenlegungen jedoch will der Antragsteller die Kosten nach dem Reinertrage der Grundstücke bemessen und hierbei würden sich dann, wie der Abg. Kummert nachweist, die Kosten in manchen Fällen bedeutend erhöhen. Dieser Antrag Viesenhain's wird von verschiedenen Seiten und auch von dem Regierungs-Commissar Schellwig, sowie von dem Referenten bekämpft, einmal, weil danach die Parteien höhere Kosten erwachen würden, und ferner weil sich im einzelnen Falle schwer feststellen ließe, welcher Satz für den Abzinsungspreis anzuwenden sei. § 2, sowie alle übrigen Paragraphen des Gesetzes werden darauf nach den Commissionsbeschlüssen angenommen. — Nächste Sitzung Freitag.

Telegramme der Danziger Zeitung. Angekommen 3 Uhr Nachm.

Wien, 1. Mai. Die heutige amtliche „Wiener Zeitung“ schreibt: Nach offiziellen Telegrammen der ungarischen Regierung haben die Oßbäume und die Ergewächse im größten Theile Ungarn's durch Frostwetter empfindlich, die Saaten dagegen nur wenig Schaden gelitten. Die umlaufenden Gerüchte von der Zerstörung der Erntehoffnungen sind hiernach jedenfalls übertrieben.

Paris, 30. April. In der heutigen General-Versammlung der Lombardischen Eisenbahngesellschaft wurde die Verlegung des Sitzes der Gesellschaft von Turin nach Mailand beschloffen. Die Rechnungsablässe pro 1873 wurden genehmigt. Der Jahresdividende wurde auf 15 Frs. festgesetzt. Der Geschäftsbericht constatirt, daß im Jahre 1873, obgleich in Folge des Zwangscourfes ein Verlust von über 8 Millionen entstand, dennoch über 7 Millionen als außerordentliche Reserve zurückgestellt wurden.

Danzig, 1. Mai.

* Von einem anderen Blatte unserer Provinz ist nach einer Correspondenz aus Rußland mitgetheilt worden, es sei aus Orel neuerlich darüber Beschwerde geführt, daß noch immer wegen mangelnden Wagenparkes Seitens der Ostbahn eine ungenügende Uebernahme der Güter in Eydtkuhnen stattfinde. Wie wir aus besserer Quelle mittheilen können, ist zur Zeit in Eydtkuhnen weder Mangel an Maschinen, Wagen noch Arbeitskräften, vielmehr wird seit längerer Zeit auf eine verstärkte Zufuhr aus Rußland gewartet. Während in den Monaten Januar, Februar und März durchschnittlich 550,000 Centner Massengüter von Eydtkuhnen ab auf der Ostbahn befördert sind, hat seit dem Beginn der Schiffsahrt der Export aus Rußland nach Eydtkuhnen so schnell und so erheblich nachgelassen, daß in letzterer Zeit kaum noch 130 Wagen täglich Verwendung gefunden haben. Wie wir vernehmen, werden mit Rücksicht auf die zum Herbst und Winter sicher in Aussicht stehende bedeutende Verkehrssteigerung schon jetzt die Geleis-Anlagen und Umladebahnen auf Bahnhof Eydtkuhnen erheblich erweitert, auch ist der Maschinen- und Wagenpark der Ostbahn

zur Zeit durch mehrfache Uebernahme von einer großen Zahl Maschinen und Wagen so vergrößert, und sind dem Vernehmen nach so weitgehende Beschaffungen von Betriebs-Material in Aussicht, daß wohl erwartet werden kann, daß die Ostbahn zur Zeit und fernherhin in der Lage sein wird, den Anforderungen des Güterverkehrs vollständigste Rechnung zu tragen, wenn auf der russischen Eisenbahnverwaltung für eine geregelte Zuführung in Eydtkuhnen gesorgt wird.

* Premierlieut. v. Schultendorff vom 4. Ostpreuss. Gren.-Reg. No. 5., ist zum Hauptmann und Compagniechef, Sec.-Lieut. v. d. Marwitz II., von demselben Regiment, zum Premier-Lieut., Sec.-Lieut. v. Bocke, vom 1. Leibhufaren-Reg. No. 1. zum Premier-Lieut. befördert.

* Die Offiziere der Kaiserl. Marine tragen seit Kurzem die deutsche Bundescoarde, sowie die Marine-Adetten an Stelle des früheren Dolches das neu eingeführte Seitengewehr.

* Von den durch den diesjährigen Staatshaushalts-Gesetz zur Verfüngung des Cultusministeriums gestellten Mitteln soll ein Theil zur Ergänzung der Lehrmittel an den Schullehrer-Seminarien verwendet werden. Die Provinzial-Schulcollegien sind nun aufgefordert worden, darüber zu berichten, welche Anstalten und mit welchen Beträgen dieselben zu unterstützen seien.

* [Gerichtsverhandlung am 30. April.] Am Abend des 3. Januar c. befand sich der Holzwächter Andreas Volckert mit mehreren Verwandten und Bekannten in dem Krüge zu Krakauer Kämpen. Er hatte ein geladenes Gewehr mitgebracht. Sein Schwiegervater, Arbeiter Friedrich Kowalski jun., schoß daselbst indeß mit seiner Bewilligung, um Gefahr zu verhüten, außerhalb des Kruges ab und stellte es alsdann in eine Ecke der Krugstube. Kurz darauf begab sich Volckert nach der von ihm und seiner Ehefrau bewohnten Holzube, ohne indeß sein Gewehr mitzunehmen. Er gerieth mit seiner Ehefrau in einen heftigen Wortstreit. Der hinzugekommene Vater seines Schwiegervaters, Friedrich Kowalski sen., machte ihm hierüber Vorwürfe, worauf Volckert zu ihm sagte: „was hast du hier mitzureden, sei ruhig oder ich schieß“, ergriff hierbei ein an der Stelle, wo sonst sein Gewehr stand, stehendes Gewehr, nahm es unter den Arm, zog den Hahn auf und drückte es in der Richtung auf Kowalski ab. Der Schuß ging los und traf den Vatern an der linken Seite des Kopfes. Die aus Schrotkörnern bestehende Ladung hatte den Schindeln zerschmettert und das linke Ohr durchdrungen. Kowalski ist in Folge dieser Verletzung am 8. Januar c. gestorben. — Das von dem Volckert abgeschossene Gewehr gehörte dem Holzwächter Duhnte. Derselbe hatte nämlich an dem gedachten Abend, während Volckert sich im Krüge befand, sein doppel-läufiges geladenes Gewehr in dessen Holzube und zwar an dem Spinde, hinter welchem dieser sein Gewehr gewöhnlich stehen hatte, hingestellt. Dieses Gewehr nun hatte Volckert ergriffen und in der Meinung, es sei sein kurz vorher abgeschossenes Gewehr, auf Kowalski losgedrückt, um diesen zu schrecken. Volckert und Duhnte sind der fahrlässigen Tödtung angeklagt. Ersterer wurde dieses Vergehens schuldig befunden und zu einem Monat Gefängniß verurtheilt. Der Gerichtshof nahm an, daß es ihm bei nur geringer Aufmerksamkeit nicht hätte entgehen können, daß das q. Gewehr nicht das seinige sei, er also mit demselben unter allen Umständen hätte vorsichtig umgehen müssen. Dagegen wurde Duhnte freigesprochen, nachdem festgestellt war, daß er beim Weggehen des geladenen Gewehrs in der Volckert'schen Holzube die daselbst anwesende Frau Volckert und unversehrt Kowalski darauf aufmerksam gemacht, daß sein Gewehr geladen sei und so in deren Duhnt zurückgelassen hat, als er sich demnach nach dem Krüge entfernte. Zu erwähnen ist noch, daß als Volckert das Gewehr abdrückte, seine Ehefrau sich aus der Ube kurz vorher entfernt hatte und sich außer ihm und Kowalski sonst Niemand darin befand.

Elbing, 30. April. Der heutige Tag, als der Gedantag des fünfzigjährigen Bestehens der Corporation der hiesigen Kaufmannschaft, sollte ohne besondere Feier vorübergehen, da die augenblickliche Lage unserer kaufmännischen Verhältnisse keine Veranlassung dazu gab. Trotzdem vereinigten heute die aus Berlin angelangten Nachrichten über ehrenbe Auszeichnungen einzelner Mitglieder unseres Väter-Collegiums viele ihrer Freunde in dem festlich gesagagten Börsenlocale zu einem gemeinschaftlichen Trunk. Commerzienrath Tessen, der Vorsteher des Väter-Collegiums, hat den Nothen Adlerorden IV. Klasse, die Herren Ed. Levinson und Jacob Titten den Kronenorden IV. Klasse, Dr. George Grünau den Titel Commerzienrath und Commerzienrath J. Schichau den Nothen Adlerorden III. Klasse mit der Schleife erhalten.

Elbing, 1. Mai. Die „Alltr. Bzg.“ theilt mit, daß das Moratorium der Elbinger Actiengesellschaft für Fabrication von Eisenbahnbedarf“ gestern zum Abschluß gekommen ist. Der größte Theil der Gläubiger, ihrer Anzahl wie der Höhe ihrer Forderungen nach, war demselben schon lange beigetreten, doch blieben einige Gläubiger, trotz aller Bemühungen Seitens des Curatoriums mit ihrer Erklärung im Rückstand, in der Erwartung, kurz vor dem Schlußtermin bessere Bedingungen erlangen zu können. Andere cedirten nach abgegebener Indultserklärung einen Theil ihrer Forderungen an Dritte, Fernerlebende, um auf diesem Wege das Curatorium zu Ertragszuständen zu drängen. Da das letztere jedoch durch die Bedingungen des Indultes an eine gleiche Behandlung aller Gläubiger gebunden war, so mußte es dieses Verlangen ablehnen und so ist es denn auch erst heute in Besitz der letzten Zustimmung zum Indult gelangt.

* Das neue Reichspressgesetz ist so eben in einem besonderen Abdruck bei Neumann-Hartmann in Elbing erschienen. Preis 1 Gr.

r. Culm, 29. April. Im hiesigen Bildungs-Verein hielt Dr. Gabriel einen interessanten Vortrag über Schlaf, Träume und verwandte Erscheinungen. Auch über „Visionen, Nachtwandeln, magischen Schlaf, das zweite Gesicht und Traumdeuterei“ erhielten die Mitglieder belehrende Aufschlüsse. Kurz wollen wir nur constatiren, daß dieser, wie auch frühere Vorträge des Herrn Dr. Gabriel sehr geeignet waren, manches Stillsitzen alten angestrebten Aberglaubens abzuschütteln. Auch den Gläubigen des Redners theilen wir vollständig mit ihm, daß die gesammte Menschheit sich bald aus dem geistigen Schlaf zu einem wachen Zustande herausreißen, sich nicht länger von Finsternissen in Finsternis und Nacht irreleiten lassen, von Träumen zum Denken erwecken und beherzigen möchte: „Nur gütige Kraut und Ungeziefer birgt der Schatten.“

Flatau, 30. April. In mehreren katholischen Schulen unseres Kreises wurde der Religions-Unterricht bisher von den Geistlichen erteilt; dieses war auch in der obern Klasse der hiesigen katholischen Schule der Fall. In Folge einer Vorstellung der Schuldeputation bei der Regierung hat letztere unterm 5. April eine Verfügung erlassen, worin erklärt wird, daß es unsstatthaft sei, daß der Vicar den Religionsunterricht erteile; vielmehr hätten die betreffenden Lehrer die Pflicht, den Unterricht in der Religion wie in allen andern Gegenständen zu erteilen. — Es hat sich ein Comité von Lehrern aus den Kreisen Flatau, Conis und Schlochau gebildet und einen Aufruf zur Bildung eines freien Lehrers-

Verantwortlich, Druck und Verlag von
H. W. Rasemann in Danzig.